

Köln – 30/08/2025

Nie wieder Krieg, nie wieder Faschismus! So lautete der Ruf nach zwei vernichtende Weltkriege. Aber das internationale Rechtssystem, das mühsam auf den Trümmern des Zweiten Weltkriegs aufgebaut wurde, droht Opfer der Machtpolitik der Großmächte zu werden.

Die russische Invasion der Ukraine wird zu Recht als schwerwiegender Verstoß gegen das Völkerrecht angesehen. Nichts rechtfertigt diese Kriegshandlung, die bereits Zehntausende Menschenleben gekostet hat. Europa reagierte empört und begann sofort mit der Einführung einer Reihe von Sanktionen, während gleichzeitig ein beängstigend umfangreiches Rüstungsprogramm gestartet wurde.

Als Israel anderthalb Jahre später seine zerstörerische Völkermordkampagne gegen Gaza startet, ist von Europas Entschlossenheit wenig zu spüren. Schlimmer noch: Die militärischen und politischen Beziehungen zwischen Europa und Israel bleiben weitgehend bestehen. Inzwischen wurden mindestens 63.000 Palästinenser ermordet, mehr als die Hälfte der Opfer sind Frauen und Kinder. Aber an den wirtschaftlichen Beziehungen zu Israel, das von einem neofaschistischen und korrupten Apartheidregime geführt wird, hat sich nichts geändert. Während sich die Berichte über Kriegsverbrechen stapeln und Völkermord, ethnische Säuberungen und Aushungerungspolitik ausführlich dokumentiert sind, hat die Europäische Union erst im Mai beschlossen, zu „untersuchen“, ob die Menschenrechte tatsächlich respektiert werden. Was für eine Schande. Die EU brauchte nicht so viel Zeit, um zu entscheiden, dass Russland sich Kriegsaggression und Kriegsverbrechen schuldig gemacht hat.

Mit der Zerstörung des Völkerrechts droht nicht nur die Rückkehr der Gesetze des Dschungels. Wir sehen auch eine zunehmende Militarisierung und einen neuen gefährlichen Rüstungswettkampf.

Die 32 NATO-Mitglieder haben sich darauf geeinigt, 5 % ihres BIP für Militärausgaben aufzuwenden. Heute entfallen bereits 55 % der weltweiten Militärausgaben auf die NATO-Staaten. Parallel dazu legte Kommissionspräsidentin Ursula Von Der Leyen in diesem Frühjahr einen Rüstungsplan im Wert von 800 Milliarden Euro vor. Nach diesem Plan dürfen die EU-Mitgliedstaaten vier Jahre lang jährlich 1,5 % ihres Bruttoinlandsprodukts (BIP) in ihre Armeen investieren, ohne die europäischen Haushaltsregeln einhalten zu müssen. Diese Großzügigkeit steht in starkem Kontrast zu der Haushaltsdisziplin, die für alle anderen öffentlichen Ausgaben gefordert wird. Mitte letzten Jahres wurde gegen sieben Mitgliedstaaten das Verfahren wegen eines übermäßigen öffentlichen Defizits eingeleitet, das mit Geldstrafen geahndet werden kann. In der Praxis bedeutet dies, dass diese Länder, darunter auch Belgien, ihre Sozialausgaben kürzen müssen.

Laut unseren Regierungen sind diese militärischen Anstrengungen notwendig, um uns zu verteidigen. Aber das ist absurd. Russland hat nicht die konventionelle Kapazität, die NATO oder die EU zu bedrohen. Es befindet sich seit Jahren in einem Krieg mit der Ukraine und ist im Vergleich zum NATO-Block ein militärischer und wirtschaftlicher Zwerg. In Wirklichkeit geht es um globale Dominanz und den Kampf mit sogenannten strategischen Rivalen wie Russland, aber auch China. Dieser globale Machtkampf beschleunigt die Militarisierung und heizt ein Wettrüsten an. Die größten Gewinner sind die

Waffenproduzenten, die mit unseren Steuergeldern Megaprofite erzielen.

Wir müssen diese gefährliche Militarisierung unserer Gesellschaften und internationalen Beziehungen ablehnen, die nur zu mehr Instabilität und Spannungen führen wird, das internationale Rechtssystem untergräbt und zu einem sozialen Zusammenbruch führt.

Der Kampf gegen den Militarismus ist ein Kampf für sozialen Fortschritt. Frieden und Sicherheit kommen nicht aus dem Lauf eines Gewehrs, sondern sind das Ergebnis einer Gesellschaft, in der jeder Zugang zu lebensnotwendigen Ressourcen hat und in der die Beziehungen zwischen Staaten nach einem inklusiven Sicherheitssystem funktionieren nach dem Motto: Ich bin nur sicher, wenn du dich sicher fühlst.

Es ist Zeit für eine europäische Friedensinitiative, eine Konferenz für Sicherheit und Zusammenarbeit, die zu neuen überprüfbaren Maßnahmen führt in den Bereichen friedliche Beilegung von Streitigkeiten, Bestätigung von Grenzen, Souveränitätsfragen, gegenseitige Sicherheitsgarantien, Neutralitätsprinzip, Waffenkontrollabkommen, Energie- und Klimasicherheit, Menschenrechte und Achtung des Völkerrechts usw. Es sind solche Ideen und Prinzipien, die wir immer wieder in den Vordergrund stellen müssen, um zu betonen, dass es eine politische Alternative zur Militarisierung gibt, die sicherer und kostengünstiger ist. Wir brauchen keine Politik der Konfrontation, sondern Zusammenarbeit, um die wirklichen globalen Bedrohungen abzuwenden, denen wir uns nicht länger entziehen können: Klimawandel, Atomwaffen und soziale Ungleichheit. Das muss das Ziel unseres Kampfes für den Frieden sein.